

Brennpunkte der Betriebsprüfung

WO UNTERNEHMEN GENAU HINSCHAUEN SOLLTEN

VON INGO HAUG

In Zeiten leerer Staatskassen sind Mehreinnahmen aus steuerlichen Betriebsprüfungen ein wesentlicher Posten in den öffentlichen Haushalten und dementsprechend ein begehrtes Gut. Daher fordert die Finanzverwaltung die Aufstockung der Betriebsprüfer. Und das würde sich lohnen, gehen interne Studien der Finanzverwaltung doch davon aus, je zusätzlichem Betriebsprüfer Mehreinnahmen von durchschnittlich 1,2 Millionen Euro zu erzielen.

Vor allem in den „eher reichen“ Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg liegt die Quote der Finanzbeamten (etwa 120 pro 100.000 Einwohner) signifikant unter der Quote von etwa Niedersachsen (etwa 300 Finanzbeamte pro 100.000 Einwohner). Es verwundert also nicht, wenn sich die neue Landesregierung in Baden-Württemberg für eine Ausweitung dieses „Services“ stark macht. Neben der rein quantitativen Aufrüstung ist in den vergangenen Jahren aber vor allem eine zielgerichtete und ergebnisorientierte Vorgehensweise bei Außenprüfungen festzustellen. Diese besteht aus der Identifizierung von

möglichst großem Mehreinnahmepotenzial: Zum einen aus Erfahrungen der Vergangenheit als auch mit vermutetem, zukünftigen Potenzial aufgrund von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Darauf aufbauend werden die Außenprüfer geschult und mit Argumentationshilfen versehen, um schließlich bei der Durchführung anhand von Checklisten und mit Hilfe von Auswertungsoftware genau diese Themenkomplexe aufzunehmen, abzufragen und auf Schwachstellen abzuklopfen. Nachfolgend ein Auszug aus der aktuellen Hitliste.

DIE UMSATZSTEUERFÄLLE

Vom Grundgedanken her ist das Umsatzsteuerrecht klar strukturiert und aufgebaut. Dies gilt aber nur für den Grundgedanken. Die Materie ist nämlich nicht nur schnelllebig, sondern auch kompliziert. Allein das Gesetz hilft oft nicht weiter. Um trotzdem eine möglichst einheitliche Anwendung der Gesetze durch die Finanzämter zu gewährleisten und Streitigkeiten über Auslegungsfragen zu reduzieren, erließ die Bundesregierung (mit Zustimmung des Bundesrats) Steuer-Richtlinien, die – ohne Rechtsnorm zu sein – der Finanzverwaltung als bindende Leitlinie dienen sollten. Da der Bundesrat jeder Änderung der Richtlinien zustimmen musste, war „Tagesaktualität“ ausgeschlossen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurden die bisherigen Umsatzsteuer-Richtlinien aufgehoben. An ihre Stelle trat der Umsatzsteuer-Anwendungserlass, dessen Formulierung und spätere Änderungen allein dem Bundesfinanzministerium (BMF) obliegen.

Damit ist es nun also zumindest für die Umsatzsteuer offiziell: Mit Änderungen muss täglich gerechnet werden. Einmalen verlässliche Richtlinien für mehrere Jahre werden als hinderlich empfunden. Für die Unternehmer wird es daher immer schwieriger die steuerlichen Anforderungen zu erfüllen. Bisher zureichende Vorkehrungen können kurzfristig als unzureichend gelten – also ein ideales Einfallstor für die Betriebsprüfung.



Foto: Shutterstock



Ingo Haug ist Geschäftsführender Gesellschafter „HWS GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“.

VORSICHT BEI FUNKTIONSVERLAGERUNG INS AUSLAND

Hintergrund der Regelungen zur Funktionsverlagerung ist die seit längerem bestehende Tendenz deutscher Unternehmen, betriebliche Funktionen auf im Ausland ansässige verbundene Unternehmen zu übertragen. Eine solche Verlagerung ist in der Regel die Folge operativer Entscheidungen, bei denen außersteuerliche Motive wie Lohnkostenvorteile oder die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund stehen. Oft wird, zumindest nach Ansicht der Finanzverwaltung, eine Funktionsverlagerung aber auch dazu genutzt, um im Inland aufgebauete Gewinnpotenziale der deutschen Besteuerung zu entziehen. Daher wurde mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 ein neuer Begriff in das deutsche Steuerrecht eingeführt, der den Wert einer „Funktion als Ganzes“ definiert. Neben den stillen Reserven der zu übertragenden Wirtschaftsgüter, soll mit dieser Definition auch das künftige Gewinnpotenzial aus der verlagerten Funktion erfasst und besteuert werden. Allerdings ist es mit der Definition alleine noch nicht getan. Viele ungeklärte Fragen, Auslegungen und Begrifflichkeiten blieben offen. Mit einem Ende 2010 erschienenen BMF-Schreiben wird die Auslegung der Finanzverwaltung hierzu konkretisiert. Im Ergebnis bestanden somit für den Zeitraum bis zur Veröffentlichung dieses Schreibens erhebliche Rechtsunsicherheiten. Die in diesem Zeitraum durchgeführten „Funktionsverlagerungen“ müssen sich nun an diesen neuen Verwaltungsanweisungen messen lassen. Es ist davon auszugehen, dass die Betriebsprüfer in diesem Bereich erhebliches Potenzial heben können.

UND ZUM SCHLUSS... DAS BETRIEBLICHE NFZ

Ein Evergreen der steuerlichen Außenprüfung: die nicht oder unzureichende geregelte und praktizierte Privat-

nutzung von betrieblichen Kraftfahrzeugen. Besonders brisant in diesem Zusammenhang ist hier die Abschaffung der so genannten „Junggesellenregelung“. Wurden mehrere Fahrzeuge im Betriebsvermögen eines Unternehmers gehalten, wurde nur das, mit dem höchsten Bruttolistenpreis der Besteuerung unterworfen. Ab 2010 sind grundsätzlich alle Fahrzeuge, die der Unternehmer potenziell nutzen kann, der pauschalen Besteuerung zu unterwerfen. Auch ein eventuell geführtes Fahrzeug hilft hier oftmals nicht weiter, da die Anforderungen an ein steuerlich anzuerkennendes Fahrzeugbuch sehr hoch gesteckt sind und dem Steuerpflichtigen laut Bundesfinanzhof „nur“ vier „kleinere Unregelmäßigkeiten“ erlaubt sind.

Es gilt, solche wunden Punkte und offenen Flanken, die in das Raster der zielgerichteten Vorgehensweise der Finanzverwaltung fallen und den steuerlichen Beratern bekannt sein sollten, frühzeitig zu analysieren und zu bewerten. Ansonsten setzt sich das Unternehmen einem hohen Risiko aus, riskiert hohe Nachzahlungen und Strafverzinsung. ■

KURZ VORGESTELLT

„H/W/S“ ist mit über 100 Mitarbeitern an den Standorten Stuttgart, Esslingen, Fellbach, Magstadt und Bietigheim-Bissingen eine der führenden Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften im Raum Stuttgart. Unter dem Unternehmensleitbild „Sie haben etwas Einmaliges zu vergeben: Ihr Vertrauen“ verstehen sich alle Partner und Mitarbeiter als proaktive Mitdenker im Sinne der Mandanten. Seit fast 90 Jahren werden mittelständische Unternehmen, Familiengesellschaften, Freiberufler und Privatpersonen in allen Fragen des Steuerrechts, Rechnungswesens, bei betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sowie in der Wirtschaftsprüfung betreut. Das Branchenspektrum erstreckt sich von Produktions- über Handels- und Dienstleistungsunternehmen bis hin zu Stiftungen und gemeinnützigen Vereinigungen. Die internationalen Bedürfnisse der Mandanten werden durch die Mitgliedschaft in RSM International, dem weltweit sechstgrößten Zusammenschluss von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern in 83 Ländern, voll abgedeckt.

► WWW.HWS-PARTNER.DE